

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerd Mielke

Mehr Demokratie wagen!
SPD-Führung im partizipatorischen Zeitalter

Claus Leggewie

Amerika hat die Wahl

Marie-Janine Calic

Szenarien einer postjugoslawischen Zukunft

Javad Kooroshy

Die wirtschaftliche Dimension
der deutsch-iranischen Sonderbeziehung

Hildegard Schürings

Verdeckte Fronten
Hintergründe des Konflikts in Ostzaire

Hermannus Pfeiffer

Plastikgeld und mehr

Robert Frank/Philip Cook

Die „Winner take all“-Gesellschaft

1'97

Einzelheft: 15,00 DM Im Abonnement: 9,50/7,50 DM

kursiv

JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Neue Fachzeitschrift
für alle politischen Bildner

Was will *kursiv*?

kursiv will eine lebendige, offene und innovative Debatte über die Rolle der politischen Bildung im Bildungssystem des 21. Jahrhunderts führen.

kursiv will das Forum für die Diskussion um das berufliche Selbstverständnis der „politischen Bildner“ werden.

kursiv wendet sich an alle in der politischen Bildung Tätigen und will Diskursgrenzen zwischen Schule und außerschulischer Bildung und zwischen den verschiedenen Trägern der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung überbrücken.

kursiv will das Anliegen der politischen Bildung in der Öffentlichkeit stärker zur Geltung bringen.

kursiv ist eine unabhängige Zeitschrift und muß auf keine Sonderinteressen Rücksicht nehmen.

Wer sind wir?

Redaktion: **Jugendbildung:** Prof. Dr. Benno Hafenegger;
Erwachsenenbildung: Dr. Klaus-Peter Hufer;
Schulpädagogik: Dr. Carla Schelle; **Politikdidaktik:** Prof. Dr. Wolfgang Sander (Chefredaktion); **Schule:** Reiner Wadel

Zum Inhalt

Schwerpunktthema von Heft 1/1997:
Politische Bildung neu denken

Autoren: Peter Fauser, Benno Hafenegger, Klaus-Peter Hufer, Michael Th. Greven, Ekkehard Nuissl, Wolfgang Sander, Carla Schelle

Position: Hartmut Holzapfel



Lernen Sie *kursiv* kennen – fordern Sie das erste Heft kostenlos an

Fordern Sie das erste Heft kostenlos an und prüfen Sie das Konzept vier Wochen. Falls kein Interesse besteht, teilen Sie uns das mit und die Sache ist für Sie erledigt. Das erste Heft dürfen Sie auf jeden Fall behalten. Wenn Sie *kursiv* weiter im Abonnement beziehen möchten, brauchen Sie nichts weiter zu unternehmen. Sie erhalten den Jahrgang 1997 zum vergünstigten Test-Jahresaboppreis von DM 30,- (statt DM 51,20).

Unsere Vertrauensgarantie: Sie können das Abonnement – aus welchen Gründen auch immer – jederzeit (Postkarte, Brief, Fax oder Telefonanruf genügt) kündigen.

Bezugsbedingungen: *kursiv* – Journal zur politischen Bildung erscheint vierteljährlich. Preis pro Heft: DM 12,80; Test-Jahresabo 1997: nur DM 30,-. Alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Alles zur politischen Bildung: Gesamtkatalog anfordern

Adolf-Damaschke-Str. 103 • 65824 Schwalbach/Ts.
Telefon: 06196 / 84010 • Fax: 06196 / 86060

... ein Begriff für politische Bildung



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Verdeckte Fronten

Hintergründe des Konflikts in Ostzaire

Von Hildegard Schürings

Keiner der Protagonisten im Konflikt an der Ostgrenze Zaires kann mehr von sich behaupten, es ginge um so hehre Ziele wie Demokratie und Menschenrechte, obwohl manche dieser Gruppierungen die „Demokratie“ oder die „Verteidigung der Demokratie“ im Organisationsnamen tragen. Die hehren Ziele sollen vor allem die europäische und nordamerikanische Öffentlichkeit, die Medien und Politiker blenden, die sich gerne auf die eine oder die andere Seite schlagen. Ausländische Vermittler und Diplomaten vor Ort kennen allerdings ebenso wie Vertreter der Zivilgesellschaft und Friedensgruppen nur zu gut die „doppelte Sprache“ der Konfliktparteien. Doch welche Interessen werden von den verschiedenen Gruppierungen verfolgt? Eine umfassende Analyse und eine objektive Darstellung werden dadurch erschwert, daß alle Informationen, die verbreitet werden, interessengeleitet sind und in den Gesamtkontext gestellt werden müssen. Allzu häufig ist eine Information zwar richtig, aber nur ein Teil der Wahrheit, da z. B. ein Massaker an Zivilisten durch andere Ereignisse ausgelöst oder beeinflußt wurde. So wird auch die Geschichte der Region zur Zeit neu geschrieben, nicht anders als es während und nach der Kolonialzeit geschah: Geschichtsschreibung der Herrschenden, die objektive Tatsachen und subjektive Wahrheiten nach ihren Interessen interpretiert und ganze Wirklichkeiten ausklammert.

Burundi: schleichender Völkermord

Burundi und Ruanda sind sogenannte Zwillingstaaten, die zum gleichen Kulturraum gehören und sich aus den gleichen Bevölkerungsgruppen in ähnlichen Proportionen zusammensetzen.

Politische Konflikte, gefolgt von schweren Massakern an der Zivilbevölkerung, begannen in Burundi in den Jahren nach der Unabhängigkeit von Belgien (1962), als eine Gruppe aus der Provinz Bururi im Süden Burundis immer mehr versuchte, sich allein die politische und militärische Macht zu sichern. Sie setzte sich zusammen aus Batutsi (Tutsi).¹ Diese Leute schlossen systematisch den Rest der Bevölkerung (sowohl Bahutu wie Batutsi und die kleine Minderheit der Batwa) von der Teilhabe an der Macht aus. Im Laufe von Auseinandersetzungen im Jahre 1972 zwischen den Bevölkerungsgruppen, in deren Folge einige Tausend Batutsi getötet wurden, griff die Armee ein, die sich bis heute

¹ Die Bevölkerungsgruppen in Ruanda wie in Burundi und in einigen Gebieten des Zaire, Ugandas und Tansanias heißen im Plural Batutsi (ca. 15%), Bahutu (84%) und Batwa (1%), im Singular Mututsi, Muhutu, Mutwa. Alle diese rwandophonen Gruppen, die zum gleichen Kulturraum gehören und die nationale Sprache Kinyarwanda sprechen, heißen Banyarwanda im Plural, Munyarwanda im Singular.

zu ca. 90% aus Batutsi zusammensetzt, und ermordete mehr als hunderttausend Menschen. Fast die gesamte schulisch gebildete Schicht der Bahutu wurde ermordet oder mußte ins Ausland, viele nach Ruanda, flüchten. Es war zu diesem Zeitpunkt, als es um politische Konflikte zwischen einigen kleinen Gruppen ging, daß diese an „ethnische“ Zugehörigkeiten gebunden wurden. Damals entstanden Haß und Angst. Nun fürchteten viele Batutsi, durch Bahutu getötet zu werden, und zunehmend mehr Bahutu hatten Angst, von Batutsi ermordet zu werden. Im Ausland bildeten sich erste Widerstandsbewegungen gegen die burundische Regierung, die jedoch relativ geringe Unterstützung innerhalb des Landes erhielten. Dies veränderte sich schlagartig, als im August 1988 im Nordosten Burundis, an der Grenze zu Ruanda zwischen 5 000 und 20 000 Personen, zum größten Teil Bahutu, vom Militär ermordet wurden. Viele Menschen flüchteten in die Nachbarstaaten Ruanda, Tansania und Zaire. Ein großer Teil der burundischen Bevölkerung, die in den 26 Jahren der Unabhängigkeit massive Repressionen und den Ausschluß aus politischen und militärischen Führungspositionen erfahren hatte, wollte die Dominanz einer kleinen Gruppe nicht mehr hinnehmen.

Unter dem Druck des Auslands mußte die burundische Regierung unter Pierre Buyoya demokratische Reformen einleiten, die am Ende zu den ersten freien Wahlen im Juni 1993 führten. Doch diese Entwicklung wurde sehr schnell unterbrochen. Am 21. Oktober des gleichen Jahres wurde der erste demokratisch gewählte Präsident Melchior Ndadaye, ein Muhutu, von burundischen Militärs ermordet. In der Folge wurden zahlreiche Batutsi durch Zivilisten umgebracht, und die Armee reagierte – nach einem inzwischen schon üblichen Schema: Sie ermordete Tausende Angehörige der Bahutubevölkerung. Dies bedeutete für viele, die bis dahin mit friedlichen Mitteln versucht hatten, demokratische Verhältnisse unter Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu erreichen, den Schritt in den bewaffneten Kampf und damit auch in den Untergrund.

In Burundi findet seither ein schleichender Völkermord statt, die Beteiligten schieben sich jeweils die Verantwortung für die Massaker an der Zivilbevölkerung zu. Seit Oktober 1993 sind etwa 170 000 Personen ermordet worden. Im ganzen Land herrscht Bürgerkrieg, der zu einer Radikalisierung weiter Bevölkerungskreise führt.²

In dieser verfahrenen Situation putschte am 25. Juli 1996 der ehemalige Präsident Pierre Buyoya und versprach, den Frieden wiederherzustellen. Viele Politiker und Parlamentarier flüchteten in Botschaften oder ins Ausland. Die Nachbarstaaten verhängten ein Handelsembargo über Burundi, um die Putschisten zum Rücktritt zu bewegen. Die Massaker an der Zivilbevölkerung gingen weiter. Unter dem Druck der burundischen Armee wurden ca. 90 000 ruandische Flüchtlinge im Norden Burundis nach Ruanda getrieben. Der burundischen Armee und der Regierung werden Komplizenschaft mit der ruandischen Armee und Regierung vorgeworfen. Gleichzeitig ist anzunehmen, daß Mitglieder der

2 Vgl. zur aktuellen Entwicklung in Burundi ausführlich: Thomas Laely, Krisenregion Ostafrika. Die burundische Dimension des Hutu-Tutsi-Konflikts, in: „Blätter“, 12/1996, S. 1499ff; ders., Burundi: „Sinnlose Gewalt“ als politisches Kalkül, in: „Blätter“, 5/1995, S. 606ff.

ehemaligen ruandischen Armee oder der sogenannten Bahutumilizen auch an Terroraktionen in Burundi beteiligt sind.

Ruanda: zweifelhafte Rückkehrangebote

Die Entwicklungen in Burundi und in Ruanda sind, wie angedeutet, traditionell eng miteinander verwoben. Die großen Flüchtlingsbewegungen entstanden in der Folge des Krieges, der am 1. Oktober 1990 mit dem Angriff einer Gruppe von Exilruandern, der Ruandischen Patriotischen Front (FPR), begann, und des Völkermords an der Batutsibevölkerung wie der Massaker an der Bahutubevölkerung im Jahr 1994.³ Mit allen Mitteln war versucht worden, diese Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen, aber diese zogen die teilweise unwürdigen Lebensbedingungen unter Plastikplanen einer Rückkehr in die Heimat vor. Dort herrscht seit Juli 1994 die siegreiche FPR unter dem starken Mann, dem Verteidigungsminister und Vizepräsidenten Paul Kagame. Die Flüchtlinge fürchten Racheakte der Sieger, die überwiegend der Bevölkerungsgruppe der Batutsi angehören.

Die internationale Gemeinschaft hat der neuen Regierung in Ruanda zunächst einen hohen moralischen Kredit eingeräumt. Man betrachtete sie als Retter des Landes und als Garant für eine bessere Zukunft. Diese positive Haltung wurde ihr auch deswegen entgegengebracht, weil die Staaten des Nordens sich schuldig fühlten, denn sie hatten beim Versuch, das Abschlichten zu verhindern, vollkommen versagt. Doch die positive Einstellung des Nordens und auch vieler afrikanischer Staaten änderte sich nach und nach.

In Ruanda bestimmt eine kleine, mehr oder weniger monoethnische Gruppierung die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Geschäfte. Zahlreiche Personen, insbesondere besser Ausgebildete und Intellektuelle, die überwiegend der Bevölkerungsgruppe der Bahutu angehören, aber auch Batutsi, wurden verhaftet. Sie vegetieren oft seit zwei Jahren in überfüllten Gefängnissen mit hoher Todesrate. Nach offiziellen Angaben warten 90 000 Personen auf ein Verfahren. Doch bis heute ist noch kein Prozeß eingeleitet worden.

Die Rücktritte bzw. die Entlassung hoher Regierungsmitglieder (u. a. des Premierministers sowie von drei Ministern) im August 1995, Massaker von Regierungssoldaten an Zivilisten wie im September 1995, schließlich die Flucht des Geheimdienstchefs, von Botschaftern und Geschäftsleuten sind nicht geeignet, die Ruander und Ruanderinnen im Exil zur Rückkehr einzuladen. Menschenrechtsorganisationen berichten von Massenverhaftungen (ca. 500 Personen pro Woche) und Terrormaßnahmen.

Für rückkehrende Ruander ist die Situation sehr schwierig, da ihr Land häufig von Angehörigen der Batutsi besetzt ist, die 1959 und in den folgenden Jahren Ruanda verlassen mußten und 1994 in die Heimat zurückgekehrt sind. Die Re-

3 Vgl. Hildegard Schürings (Hg.), Ein Volk verläßt sein Land - Krieg und Völkermord in Ruanda. Köln 1994; zum Völkermord in Ruanda auch: Andreas Mehler, Geschichte und Gegenwart der ruandischen Tragödie, in: „Blätter“, 8/1994, S. 920ff, sowie Peter Molt, Der Pyrrhussieg der „Patriotischen Front“ in Ruanda, in: „Blätter“, 8/1994, S. 929ff.

gierung hat zwar immer wieder verlauten lassen, daß alle Flüchtlinge ohne Probleme in ihre Heimat zurückkehren könnten, aber nur geringe Anstrengungen unternommen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. In Ansprachen in der nationalen Sprache Kinyarwanda bezeichnen viele Regierungsmitglieder wie auch zahlreiche Medien alle Flüchtlinge ohne Unterschied als Völkermörder, die ihre gerechte Strafe finden müßten. Unschuldige Männer, Frauen und Säuglinge werden auf eine Stufe mit Bahutumilizen und Militärs gestellt.

Ruanda warf dem Nachbarn Zaire immer wieder die von dessen Territorium ausgehenden Angriffe und Terrorakte der ehemaligen ruandischen Armee bzw. der Milizen vor, die für den Tod von Hunderttausenden Menschen verantwortlich sind. Umgekehrt wurden von ruandischer Seite aus in den vergangenen Jahren mehrmals Angriffe auf Flüchtlingslager im Zaire verübt. Tatsächlich hatten die ehemalige Armee wie auch die Milizen einen großen Einfluß auf die Flüchtlinge, alte Machtstrukturen bestanden in den Lagern fort. Aber die Flüchtlinge waren nicht nur Geiseln der Milizen; daß sie bisher nicht nach Ruanda zurückgekehrt waren, hängt auch mit der Situation in Ruanda zusammen. Weder Zwangsausweisung durch Zaire bzw. entsprechende Ultimaten noch die Kürzung der Lebensmittelrationen noch das Verbot von Handel und Schulen hatten die Flüchtlinge zur Rückkehr bewegen können. Der Krieg aber trieb sie schneller zurück, als alle erwartet hatten.

Zaire: Mobutus Comeback

Zaires Präsident Mobutu Sese Seko war einst der wichtigste Verbündete des früheren ruandischen Präsidenten Habyarimana, dessen Tod beim Flugzeugabschuß am 6. April 1994 zum Auslöser des Völkermords wurde. Seither beherbergte Zaire mehr als eine Million ruandischer und zunehmend auch burundische Flüchtlinge, darunter auch die ehemalige ruandische Armee und die Milizen. Zaire mit seiner immensen Fläche – drittgrößter Staat Afrikas – und einer Vielfalt von Bevölkerungsgruppen gilt als unregierbar. Das Land verfügt zwar über große Rohstoffvorkommen (Diamanten, Gold, Kupfer, Uran). Doch der Staat, seit 1965 unter der Herrschaft Mobutus, befindet sich in Auflösung. Symptomatisch ist die Konkurrenz zweier Parlamente und zweier Regierungen im Jahr 1994: Mobutu boykottiert und torpediert die legitime Übergangsregierung, die freie Wahlen vorbereiten soll. Kreditgeberländer stellen die Wirtschaftshilfe ein. Die Wirtschaft befindet sich im freien Fall (Wachstumsraten 1990-93: -2,0%; -7,3%; -10,0%; -15,2%.) Staatliche Institutionen funktionieren kaum mehr. Gehälter werden schon lange nicht mehr gezahlt, oder sie sind so niedrig, daß ein Monatsgehalt für den Lebensunterhalt von zwei bis drei Tagen reicht. So holte sich die zairische Armee ihren Sold bei der Bevölkerung ab. „Ausschütteln“ wird dies genannt: Es ist so, als würdest Du auf den Kopf gestellt und alles, was sich in den Taschen befindet, fällt heraus. Vom Ausschütteln blieben auch die Flüchtlinge nicht verschont, die seit dem Völkermord in Ruanda und den schweren Konflikten in Burundi Zuflucht in der Kivu-Region gesucht haben, in der Nähe der Städte Goma, Bukavu und Uvira.

Seit 1988 war durch den Druck verschiedener Parteien ein Demokratisierungsprozeß in Gang gesetzt und eine Nationalkonferenz unter Beteiligung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen einberufen worden. Mobutu versuchte zwar immer wieder, diese Entwicklung zu blockieren, aber nun sollen im Mai 1997 die ersten freien Wahlen durchgeführt werden.

Dem Präsidenten Zaires öffneten die in sein Land strömenden ruandischen und burundischen Flüchtlinge die Tür für den Wiedereintritt in die internationale Gemeinschaft. Diese hatte ihm, solange er im Ost-West-Konflikt ein geopolitische Rolle spielte, umfangreiche wirtschaftliche und politische Unterstützung gewährt, obwohl er das Land wie seinen Privatbesitz behandelte und sich derart persönlich bereicherte, daß er heute zu den reichsten Männern der Welt gehört, während das rohstoffreiche Zaire wirtschaftlich immer mehr dem Ruin entgegentrieb. Ab 1990 fiel der Diktator bei den nördlichen Geberstaaten in Ungnade – und wurde erst 1994 wieder als Gesprächspartner akzeptabel.

Die hohe Zahl der Flüchtlinge brachte durch Gebühren entsprechend viel Geld in die leeren Kassen. Andererseits störten die Flüchtlinge aber auch das prekäre Gleichgewicht in der seit Jahren instabilen Kivu-Region. Diese steht traitionell in Opposition zur Zentralregierung in Kinshasa. Die politische und wirtschaftliche Lage im Zaire wurde zunehmend desolater. Interessengruppen schürten den Konflikt zwischen Bevölkerungsgsgruppen, die bereits seit Jahrhunderten miteinander gelebt hatten. Dazu gehörte auch die systematische Ausgrenzung von rwandophonen Gruppen im Norden der Kivu-Region, in Masisi und Rutshuru, und im Süden, in der Region Uvira, am Tanganyika-See gelegen.

Der Krieg, der im Oktober 1996 im Osten Zaires begann und Hunderttausende Flüchtlinge zur Rückkehr bewegte, wurde im Namen einer Gruppe, der Banyamulenge, gegen die Flüchtlinge geführt. Die Banyamulenge sind Nachfahren von Ruandern, die das Gebiet des heutigen Ruanda vor ein bis zwei Jahrhunderten verlassen haben, um neue Weideflächen für ihre Rinderherden zu suchen. Sie bilden eine kleine Gruppe, die auf dem Hochplateau Mulenge bei Uvira lebt. Die meisten von ihnen sind oder waren Viehzüchter, ähnlich wie viele Batutsi, die in Ruanda, Burundi sowie im Süden Ugandas leben. Bis zur Grenzziehung im Jahre 1912 durch die damaligen Kolonialmächte Belgien, Deutschland und England hatten territoriale Demarkationslinien keine Bedeutung. Während der Kolonialzeit flüchteten zahlreiche Ruander vor den schweren Zwangsarbeiten, die die belgische Kolonialmacht ihnen verordnete. Sie siedelten u. a. in der Region um Uvira im Zaire. Nach der sogenannten Revolution von 1959 mußten zahlreiche Batutsi aus Ruanda fliehen. Viele integrierten sich in die Gruppe der Banyamulenge oder siedelten in der Region von Rutshuru und Masisi im Norden der Kivu-Region, in der bereits andere rwandophone Bevölkerungsgruppen lebten. Den Namen Banyamulenge (jene, die auf dem Höhenzug Mulenge leben) gaben sie sich jedoch erst, als ihre zairische Nationalität in Frage gestellt wurde und sie zunehmender Repression von seiten der zairischen Behörden ausgesetzt waren.

Nach der Unabhängigkeit Zaires von seiner bisherigen „Schutzmacht“ Belgien im Jahre 1960 hatten alle Personen, die im Land siedelten, die zairische Staatsangehörigkeit erhalten. Doch im Jahre 1981 wurde ein Gesetz erlassen,

daß gewissen Bevölkerungsgruppen die Staatsangehörigkeit aberkannte. Einheimische wurden zu Fremden erklärt – und somit die Auseinandersetzungen um die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen geschürt. 1993 versagte man Vertretern der rwandophonen Bevölkerung den Zutritt zur Nationalkonferenz mit der Begründung, sie seien keine Zairer. Dabei stellen diese Gruppen 50% der Gesamtbevölkerung in der Kivu-Region.

In den 80er und Anfang der 90er Jahre handelte es sich um Konflikte zwischen den rwandophonen Gruppen, die Banyarwanda genannt wurden und sich aus Bahutu und Batutsi zusammensetzten, und nichtrwandophonen Gruppen, den Banyange, Bahunde und Banande. Lokale Politiker und Behörden schürten die Konflikte. Banyarwanda wurden von ihrem Land vertrieben und 1993 sogar mehrere tausend Personen ermordet.

Durch die zahlreichen Bahutu-Flüchtlinge und die Machtübernahme einer von Batutsi dominierten Regierung in Ruanda im Jahre 1994 entstanden im Zaire neue Solidaritäten und Konfliktparteien. Die geflohenen ruandischen Milizen und zairische Bahutu wandten sich jetzt gegen die Batutsi und vertrieben sie von ihrem Besitz und 1996 sogar aus ihrer Heimat Zaire nach Ruanda, ihre angebliche Heimat. Ruanda wollte die 15 000 zairischen Bürger jedoch nicht als Staatsbürger anerkennen.

Die Banyamulenge im Gebiet von Uvira forderten ihr Recht, als zairische Staatsbürger anerkannt zu werden. Sie waren zunehmend der Repression von seiten der Bevölkerung und der Behörden ausgesetzt. Während des Krieges gegen das alte Regime hatte die Ruandische Patriotische Front (FPR) zahlreiche junge Männer aus den in Nachbarstaaten lebenden, rwandophonen Gruppen rekrutiert und für den Guerillakrieg trainiert, die nach dem Sieg aus der Armee entlassen wurden. Die jungen Zairer kehrten nun in ihre Heimat, so auch nach Uvira zurück.

Ruanda und Burundi hatten ein großes Interesse, daß die Flüchtlinge – und damit die ehemalige ruandische Armee und die Milizen sowie die Basis der burundischen Guerilla – von der Grenze entfernt werden. Sie können sich auf die Flüchtlingskonvention berufen, die vorschreibt, daß Flüchtlinge nicht näher als 80 km zu einer Grenze untergebracht werden.

Seit einigen Monaten berichteten verschiedene Gruppen über eine gefährliche Militarisierung in dem Gebiet: Es hieß, daß in der Kivu-Region größere Waffentransporte, teilweise mit Zustimmung und entgeltlicher Unterstützung der lokalen Autoritäten stattfänden. Diese Waffen, so hörte man, würden aus Ruanda über Burundi in den Zaire geschafft. Der Erzbischof von Bukavu Christophe Munzihirwa veröffentlichte, kurz bevor er Ende Oktober 1996 ermordet wurde, einen Brief, in dem er auf die Ermordung von Priestern in der Region von Uvira im Süden und die Angriffe von Flüchtlingslagern durch Banyamulenge sowie deren Unterstützung durch Ruanda hinwies. Er fragte, ob Ruanda tatsächlich expansionistische Bestrebungen habe, dies würde zu schweren Katastrophen in der Region und auch in Ruanda führen und sei für die kleine Gruppe, die die Macht in Ruanda innehatte, selbstmörderisch. Denn, so fuhr er weiter fort, eine solche Strategie würde den Haß aller anderen ethnischen Gruppen in diesem Gebiet auf sich ziehen. Diese Befürchtung bewahrheitete sich sehr schnell. Seit

Monaten bereits war die Stimmung im Zaire zugunsten der Bahutu umgeschlagen. Während diese von vielen ab 1994 kollektiv als Verantwortliche des Völkermordes bezeichnet wurden, änderte sich dies nun und die Einstellung gegenüber den Batutsi wurde sehr feindlich. Die Gründe waren die repressive Politik in Ruanda gegenüber den Bahutu, die permanenten Anschuldigungen, der Zaire würde die Völkermörder unterstützen, und die Angriffe auf zairisches Gebiet sowie der Staatsstreich in Burundi, die die These von einer geplanten Batutsi-Hegemonie in der Region der Großen Seen unter der Führung von Uganda zu bestätigen schienen. Präsident Mobutu hatte zehn Jahre lang einen Mututsi als persönlichen Berater gehabt, in Zaire lebten sehr viele reiche zairische Geschäftsleute, die Batutsi waren. Im Oktober 1996 begann die Jagd auf Batutsi und auch auf andere Afrikaner, die dem rassistischen Stereotyp vom Mututsi entsprachen. Die burundische Botschaft wie der Besitz reicher Batutsi in der Hauptstadt Kinshasa wurde geplündert. Viele Zairer waren geschockt über den offensichtlich durch Ruanda geförderten Krieg in der Kivu-Region. Mobutu erklärte, Ruanda habe dem Zaire das Messer in den Rücken gestochen. Während es bisher zahlreiche interne Auseinandersetzungen gegeben hatte, schlossen sich die Kontrahenten jetzt gegen den äußeren Feind und die eigenen Batutsi-Staatsbürger zusammen.

Die Banyumulenge unter ihrem Sprecher Kabila, der aus dem Süden Zaires (Kasai) stammt, erklärten im November 1996 das Gebiet Bukavu und Goma zum befreiten Territorium. Mit einigen kleinen zairischen Oppositionsgruppen hatten sie sich zu einer „Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung des Kongo-Zaire“ zusammengeschlossen, die angeblich den Sturz der Regierung Mobutu und des Premierministers Kengo wa Dondo verfolgt.

Perspektiven der Konfliktlösung

Ruanda wollte die Unruheherde an seiner westlichen Grenze beseitigen, die Flüchtlinge und damit das Militär und die Milizen entfernen und hat die Angriffe auf Flüchtlingslager gezielt mit Waffen und Soldaten unterstützt. Präsident Bizimungu forderte sogar, man müsse die territorialen Grenzen neu festlegen und zu diesem Zweck eine Berlin-Konferenz II einberufen. 1884/85 hatten in Berlin die Großmächte ihre Interessensphären abgesteckt. Burundi wollte die Basis der bewaffneten Guerilla in der Region Uvira zerstören. Und im Zaire wird versucht, Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken für die wirtschaftliche Misere zu erklären, sie auszugrenzen, um so im Widerstand dazu die nationale Einheit heraufzubeschwören. Die aktuelle Situation bringt diese Strategie durcheinander, und Mobutu, selbsternannter Retter des Landes, hält sich aus Krankheitsgründen seit August 1996 in Europa auf. Die Lage ist höchst explosiv. Jedes Infragestellen der territorialen Grenzen, auf die sich die afrikanischen Staaten 1960 festgelegt hatten, würde zu schweren Konflikten in ganz Afrika führen. Eine Balkanisierung Zaires, in dem es Hunderte politische und ethnische Gruppierungen gibt, würde zu schweren kriegerischen Auseinandersetzungen führen.

Alle möglichen Szenarien zur Lösung der Konflikte werden ins Spiel gebracht. Immer häufiger wird aus dem Ausland und von Internationalen Organisationen für die Länder Burundi und Ruanda die Einrichtung eines Hutulandes und eines Tutsilandes vorgeschlagen, eine Idee, die die Vereinten Nationen bereits 1960 in völliger Unkenntnis der historischen und gesellschaftlichen Verhältnisse vorgeschlagen hatten, die aber dann verworfen wurde. Vor einer solcher Strategie der ethnischen Trennung, wie sie im ehemaligen Jugoslawien verwirklicht wurde, ist sehr zu warnen. Sie würde die Probleme nicht lösen, weil es trotz der tiefen Traumata durch die Massaker und die Verstärkung einer ethnischen Identität keine Interessengleichheit unter allen Bahutu oder unter allen Batutsi gibt. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, Bahutu, Batutsi und Batwa haben die gleiche Kultur, die gleiche Sprache, die gleiche Religion und eine Jahrhunderte alte gemeinsame Vergangenheit. Es gibt viele Familien, die sich aus diesen Gruppen zusammensetzen. Von den Radikalen wie auch in den Medien werden rassistische Stereotype, die aus Theorien des letzten Jahrhunderts stammen, verbreitet, und die Geschichte wird so geschrieben, wie sie gerade ins politische Kalkül paßt. Die konflikthafter Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen lassen sich nicht aus hypothetischen „natürlichen“ oder biologischen Gegebenheiten herleiten. Die Bahutu-Bauern und Batutsi-Bauern in Ruanda wie in Burundi waren in ihrer Armut solidarisch. Die Reichen in der ruandischen Hauptstadt Kigali waren vor 1994 Bahutu und Batutsi. Konflikte zwischen den Gruppen beruhen auf ökonomischen Zwängen und besonders auf der Gier nach Macht und Reichtum kleiner Minderheiten, die Öl ins Feuer gießen.

Die Rückkehr eines Teils der Flüchtlinge bedeutet nicht die Lösung der Probleme. Sie entlastet aber die internationale Gemeinschaft von immensen Kosten der Versorgung im Zaire, Mittel, die nun für die Wiedereingliederung in Ruanda verwendet werden sollten. Aber noch irren Hunderttausende in der Kivu-Region herum. In Tansania befinden sich noch mehr als eine halbe Million ruandische und zahlreiche burundische Flüchtlinge. Ende November hieß es, es seien etwa 45 000 burundische Flüchtlinge aus dem Zaire nach Burundi zurückgekehrt, aber etwa ebensoviele aus Burundi nach Tansania geflüchtet.

Es ist die Logik der Gewalt, die in der Region herrscht. Diejenigen, die noch immer versuchen zu vermitteln, die friedliche Lösungen anvisieren, werden isoliert und denunziert, dem einen oder anderen radikalen Lager zugehören. Die wichtigen Akteure streben Modelle einer „Endlösung“ an, wie z. B. viele Bahutumilizen, die überzeugt sind, ihr „Werk“, nämlich die Ermordung der Batutsi, noch nicht vollendet zu haben.

Die Demokratisierungsprozesse in Ruanda, Burundi und im Zaire wurden mit militärischen Mitteln bekämpft. Und die verschiedenen Regimes benutzen bis heute militärische Mittel für „Lösungen“ in ihrem Sinne. Um das Flüchtlingsproblem zu lösen, wurde ein Krieg im Zaire angezettelt. Und nun soll, um den Flüchtlingen zu helfen, eine internationale Eingreiftruppe aufgestellt werden...

Wenn die Staaten des Nordens wirklich an einer friedlichen Konfliktlösung interessiert wären, müßten sie sofort über alle Beteiligten ein streng kontrolliertes Waffenembargo verhängen.

Waffen können in der ganzen Region seit einigen Jahren zu Schrottpreisen auf der Straße gekauft werden. Über Ruanda war während des Völkermords ein Waffenembargo verhängt, aber 1995 – mit welchem Zweck? – wieder aufgehoben worden. Zahlreiche Staaten belieferten die ruandische Armee, die schwer aufgerüstet hat, die burundische Armee, die ihre Zahl erheblich vergrößerte, die Armee des Zaire – und auch die ehemalige, geflohene ruandische Armee im zairischen Exil. Es gibt Tausende Kindersoldaten und Jugendliche, die nichts anderes als Krieg und Töten kennengelernt haben, die sich gegen Ernährung jedem Kriegsführer verdingen.

Wenn man die Logik der Gewalt und des Krieges brechen wollte, dann muß auch mit dem seit Jahren de facto geltenden Prinzip der Straffreiheit gebrochen werden. Gerechtigkeit fordern alle. Aber bis heute ist noch niemand gerichtet worden. Das vor zwei Jahren errichtete Internationale Tribunal für Ruanda müßte zügig die Verantwortlichen für den Völkermord und die Verbrechen gegen die Menschheit zur Rechenschaft ziehen. Die Verbrechen in Ruanda wären zu untersuchen. Das Justizsystem in Ruanda müßte in Gang gebracht werden, eine gerechte Justiz – keine Siegerjustiz. Die Verantwortlichen des Mordes am burundischen Präsidenten Ndadaye müssen bestraft werden. Der Abschluß des Flugzeugs des Präsidenten Habyarimana müßte untersucht werden, denn die Täter wußten sehr genau, welches die Folgen sein würden.

Der Staatsstreich durch Buyoya in Burundi ist durch die internationale Gemeinschaft zu verurteilen. Und Buyoya muß unter Druck gesetzt werden, wieder legale Verhältnisse herzustellen, ebenso wie die bewaffnete Guerilla ihren Krieg aufgeben muß, um zu verhandeln. Auch der Krieg im Zaire und die Unterstützung durch die Nachbarstaaten ist zu verurteilen.

Die Staaten des Nordens, die Vereinten Nationen, die Organisation Afrikanischer Einheit, die Geberländer – die Bundesrepublik Deutschland ist Ruandas größter Geldgeber – haben wirksame Instrumente zur Verfügung, um diese Ziele zu erreichen. Voraussetzung wäre der gemeinsame politische Wille. Statt widerstreitende Interessen zu verfolgen und auf zynische Weise eigennützig Kriegstreiber zu unterstützen, wären mit einer einheitlichen Politik jene Gruppen zu fördern und zu stärken, die eine friedliche Lösung anstreben⁴, Bewegungen und Gruppen, die an der Schaffung einer neuen Basis, die nicht durch Gewalt definiert ist, für diese Gesellschaften arbeiten. Bisher saßen die Flüchtlinge und Vertriebenen an keinem Verhandlungstisch. Aber sie sind es, die ihre Situation besser als jeder Außenstehende kennen und analysieren können. Diesen Personen sollte man die Mikrofone hinhalten und nicht den Bellizisten und Katastrophengewinnlern. Die Ruander und Ruanderinnen innerhalb und außerhalb des Landes haben ein Recht und die Pflicht, ihre Zukunft mitzubestimmen. Nur so können Demokratisierung und Versöhnung eingeleitet werden.

4 Vom 6. bis 10. September 1996 fand in Tunis ein Treffen mit VertreterInnen der ruandischen Zivilgesellschaft im Exil statt (Auf der Suche nach Frieden in der Region der Großen Seen). Deren Reflexionen und konstruktiven Vorschläge sollten unterstützt werden.